

BAYERNLB

## Großinvestor wehrt sich

In der Affäre um den umstrittenen Kauf der österreichischen Hypo Group Alpe Adria (HGAA) durch die BayernLB (BLB) gerät nach mehreren Ex-Vorständen und -Kontrollleuren nun auch eine wichtige Kronzeugin unter Druck: die Wirtschaftsprüferin und Ex-Commerzbank-Managerin Corinna Linner. Die Finanzexpertin hatte im Auftrag des BLB-Verwaltungsrats Ende Mai ein Papier über den Beteiligungserwerb vom Frühjahr 2007 erstellt, es später aber teilweise relativiert. Darin rügt sie unter anderem den hohen Zeitdruck, unter dem die Verhandlungen mit dem damaligen HGAA-Großaktionär, einer Investorengruppe um den Vermögensverwalter Tilo Berlin, abliefen. Für einen Teil der Anteile, die Berlin erst von einer österreichischen Versicherung erwerben musste und kurz danach mit einem deutlichen Aufschlag an die BLB weiterreichte, hätten die Landesbanker selbst die Finanzierung stellen müssen, heißt es in Linner's Gut-



BayernLB-Zentrale in München



Linner

achten. Die Staatsanwaltschaft hegt die Vermutung, dass auch hohe Ex-BLB-Manager von dem Gewinn profitiert haben könnten, was Berlin allerdings vehement bestreitet. Auch den Verdacht,

die BayernLB habe ihm beispringen müssen, weist er empört zurück. Berlin versichert, er habe die Mittel für den HGAA-Anteilserwerb damals längst beschafft, allerdings mit einer längeren Laufzeit. Auf Drängen der BLB-Banker, die das Geschäft schnell abschließen wollten, habe er schließlich einer kurzfristigen Kreditzusage durch das Institut zugestimmt. Weil Berlin die Passagen in Linner's Papier als „Rufschädigung“ erachtet, will er sie nun gerichtlich zwingen, ihre Darstellung zu widerrufen, und sie sogar auf Schadensersatz verklagen. Er argwöhnt ohnehin, dass die Beraterin von hochrangigen CSU-Politikern vor allem eingesetzt wurde, um Material für eine parteiinterne Auseinandersetzung zu sammeln. Parallel dazu wollen seine Anwälte vor der Wirtschaftsprüferkammer ein Verfahren gegen Linner einleiten, da sie Berlin

zuvor nicht angehört und daher ohne die standesrechtlich vorgeschriebene Sorgfalt agiert habe. Die Finanzexpertin selbst wollte sich vergangene Woche zu dem Vorgang nicht äußern.

BANKEN

## Bündnis gegen Boni-Verbot

Mit einem geschickten Schachzug wollen die großen deutschen Banken gesetzliche Einschränkungen von Bonuszahlungen abwehren – ohne allzu viel zu ändern. Vergangene Woche legten elf Finanzinstitute bei Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble eine Selbstverpflichtungserklärung zur Vermeidung von Bonus-Exzessen vor. Danach wollen sie die von den 20 führenden Industrie- und Schwellenländern vereinbarten Gehaltsregeln schon dieses Jahr einhalten und nicht erst 2010. Doch an der tatsächlichen Höhe der Boni dürfte sich dadurch zumindest vorerst wenig ändern. Das zeigt das Beispiel der Deutschen Bank. Sie hatte wegen glänzender Geschäfte im Invest-

mentbanking schon für die ersten neun Monate knapp neun Milliarden Euro an Personalkosten verbucht. Der bilanzierte Personalaufwand zwischen Juli und September stieg sogar um stolze 47 Prozent gegenüber dem Vorjahr – trotz weniger Mitarbeiter. Ein Teil der Boni wird in Aktien gezahlt, und die Investmentbanker können die Papiere erst nach einer Sperrfrist von mehreren Jahren in Bargeld umwandeln. Deshalb geht die Deutsche Bank davon aus, dass ihr Vergütungssystem schon jetzt den neuen Anforderungen entspricht. Zusätzlich soll ein Malussystem neu eingeführt werden, damit in schlechteren Zeiten ein Teil der Boni aberkannt werden kann. Stärker umstellen müssen sich wohl die DZ Bank und einige Landesbanken: Sie hatten die Boni bisher auf einen Schlag ausgezahlt und müssen die Zuwendungen nun über mehrere Jahre strecken – sofern es überhaupt welche gibt.

# GELD DRUCKEN?



# 50%

WENIGER DRUCKKOSTEN  
MIT DEM  
**HP OFFICEJET PRO**  
GEGENÜBER LASERDRUCKERN.

Mehr dazu unter [hp.com/de/mybusiness/50prozent](http://hp.com/de/mybusiness/50prozent)

HIT PRINT  
AFFORDABLY

